

FORUM

Leserecho & Pressestimmen

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Nur verlagert

Nahverkehr steht unter Strom: Ich halte den Bericht für irreführend. Es werden nicht 25 500 Tonnen Kohlendioxid eingespart, sondern lediglich aus den Ballungszentren in das Umfeld der Kraftwerke verlagert. Ein Bus stößt laut Verbrauchangaben verschiedener ÖPNV-Betriebe bei einem Verbrauch von 40 Litern Diesel ca. 110 kg Kohlendioxid und beim Verbrauch von 200 Kilowattstunden Strom 120 kg Kohlendioxid aus. Da der Strom aus der Steckdose und nicht von der Solar- oder Windanlage vom Dach der ÖPNV-Betriebe kommt, beträgt der Kohlendioxidausstoß im Mix aller Stromerzeuger laut Statistischem Bundesamt je Kilowattstunde Strom 0,6 kg.

Michael Pflugbeil, Bochum

Aus dem Ruder

Im Dienste des Staates: Warum sollte V-Mann VP-01 im Auftrag des Verfassungsschutzes zu Terroranschlägen aufrufen und Hass schüren? Ist der Informant dem Verfassungsschutz womöglich aus dem Ruder gelaufen? Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, dass der zweite Amri-Untersuchungsausschuss in NRW diesen furchtbaren Verdacht aufklären könnte.

Norbert Schlegel, Essen

Eingeschossen

1226 Verletzte bei Fußballspielen: Wann erscheint eigentlich mal ein Artikel, in dem erwähnt wird, wie gefährlich ein Besuch der Cranger Kirmes oder des Münchner Oktoberfests ist? Allerdings werden die Zahlen der Gewalttaten (zum Beispiel Körperverletzung, Vergewaltigung), die bei Volksfesten stattfinden, lieber unter Verschluss gehalten. Ein Stadionbesuch ist auch nicht gefährlicher, als oben genannte Volksfeste zu besuchen... Aber leider haben sich die Medien auf den Fußballfan als „Verbacher“ eingeschossen.

Britta Schikowski, per E-Mail

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an meinungsforum@waz.de

Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

PRESSESTIMMEN

„Für alle Jamaika-Beteiligten steht unglaublich viel auf dem Spiel. Und schon jetzt zeigt sich, dass massive Abstriche bei den mitunter vollmundigen Wahlversprechen unumgänglich werden. Wolfgang Schäubles konsequentes Festhalten an der schwarzen Haushalts-Null lässt den Jamaikanern weit weniger finanzielle Spielräume als erwartet.“

Westfälische Nachrichten zu Jamaika-Gesprächen

„Seehofer ist angeschlagen, aber noch längst nicht geschlagen. Und Söder strotzt vor Kraft, doch wie sich diese am besten einsetzen lässt, hat er noch nicht herausgefunden. Und Herrmann? Er ist die Alternative. Aber wie wäre es denn mit einer Befragung der CSU-Mitglieder? Dann wäre endlich Ruhe. Die Protagonisten müssten dazu nur den nötigen Mut aufbringen.“

Straubinger Tagblatt zu einem Machtwechsel bei der CSU



Zur Schulsozialarbeit gehören auch Freizeitangebote: Bianca El Kaleb mit (v.l.) Jeddy, Jason, Pascal und Jan auf einem Abenteuerspielplatz. FOTO: MATTHIAS GRABEN

Klarheit für Sozialarbeiter gefordert

Sie seien an den Schulen unverzichtbar, sagen Eltern und Verbände. Doch die Mittel für 1700 Fachkräfte laufen 2018 aus. SPD: NRW muss weiter finanzieren

Von Stephanie Weltmann

Essen/Dortmund. Sie sollen Schüler in sozialen Brennpunktvierteln besonders fördern, zwischen Eltern und Schule vermitteln – doch obwohl die Probleme in den Klassen immer vielfältiger werden, steht ihre Arbeit nun erneut zur Debatte: Für rund 1700 der Schulsozialarbeiter in NRW läuft Ende 2018 die Finanzierung aus. 48 Millionen Euro müsste die schwarz-gelbe Landesregierung jährlich in die Hand nehmen, um diese Stellen weiter zu finanzieren. Weil dazu bisher von Düsseldorf keine feste Zusage kam, treiben Opposition

„Ich bin ein bisschen das Mädchen für alle.“

Bianca El Kaleb, Sozialpädagogin

und Verbände die Regierung vor sich her: Sie fordern Planungssicherheit fürs Schuljahr 2018/19 und mehr Stellen an den Schulen. „Schulsozialarbeiter sind ein zentraler Teil unseres Bildungssystems geworden“, sagt Josef Neumann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag. Die Fachkräfte ermöglichen gerade Kindern aus ärmeren Familien, in denen Nachhilfe oder Ausflüge

nicht ohne Weiteres möglich sind, Förderung und Teilhabe. Udo Beckmann, Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft VBE, ergänzt, dass die Aufgaben in den Klassen durch die Inklusion und Flüchtlingskinder komplexer geworden seien. „Das erfordert entsprechende Fachkräfte mit einem sicheren finanziellen Konzept.“

NRW sprang für den Bund ein

An den rund 6000 Schulen in NRW arbeiten im Rahmen der Jugendhilfe etwa 3700 Sozialarbeiter. Fast jede zweite dieser Stellen geht auf das Bildungs- und Teilhabepaket zurück, mit dem der Bund ab 2011 Fachkräfte für schwierige Quartiere finanzierte. Trotz Protest lief die Förderung 2014 aus. Die damalige rot-grüne Landesregierung sprang unter Druck ein: Seit 2015 finanziert NRW den „Bärenanteil“ der Stellen, die Städte beteiligen sich. Bis Ende 2018 ist diese Aufgabe auch der neuen Landesregierung ins Heft geschrieben worden: Solange der Bund die Förderung nicht wieder übernimmt, müsse NRW dies tun, so die SPD. Landesminister Karl-Josef Laumann (CDU) betonte, er werde sich sehr dafür einsetzen, dass die Schulsozialarbeit weiter finanziert werde.

Der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit geht das nicht weit genug. Ihr Vorsitzender Wolf-

gang Foltin drängt auf unbefristete und mehr Stellen für Sozialarbeiter. „Von Jahr zu Jahr befristete Verträge sind gerade in unserer Arbeit ein großes Problem“, so Foltin. „Wir machen Beziehungsarbeit, da brauchen wir Zeit.“ Rein rechnerisch kümmert sich ein Sozialarbeiter um über 600 Schüler. Um den Anforderungen gerecht zu werden sei ein Schlüssel von 1 zu 150 nötig. Foltin warnt vor einer Abwanderungswelle von Fachkräften. „Sozialarbeiter sind gefragt, da sucht man sich sichere Positionen.“

Bianca El Kaleb arbeitet als Sozialarbeiterin an der Bachgrundschule in Dortmund. Ihre Stelle ist auf Wunsch einer Elterninitiative eingerichtet worden. Dort machen

Eine Arbeit, verschiedene Geldtöpfe

Die 3700 Schulsozialarbeiter in NRW werden unterschiedlich finanziert. Neben den einst vom Bund ermöglichten Teams gibt es auch unbefristete Landesbeschäftigte. Andere Stellen werden von den Städten bezahlt, wieder andere konnten Schulen im offenen Ganztags gegen Lehrkräfte eintauschen oder diese in Folge der hohen Zuwanderung beantragen.

Flüchtlingskinder rund ein Fünftel der Schülerschaft aus, drei Viertel der Kinder stammen aus bedürftigen Familien.

Auf die Frage, welche Rolle sie als Schulsozialarbeiterin habe, sagt die 41-Jährige: „Ich bin ein bisschen das Mädchen für alle.“ Für Eltern, denen sie eine Mischung aus Beratungsgespräch, Behördenhilfe und Deutschkurs eingerichtet hat. Für Lehrer, die Zugang zu erschöpften Kindern ohne Frühstück und Pausenbrot suchen. Für Schüler, denen das Lernen manchmal so schwerfällt, dass sie mit Stühlen werfen.

„Ich kann Familienprobleme nicht lösen, aber ich kann den Kindern einen sicheren Ort bieten“, sagt El Kaleb. Am Nachmittag bietet sie Ausflüge an, schult beim Straßenbahnfahren die Selbstständigkeit der Kinder und auf dem Spielplatz den Gemeinschaftssinn. Sie macht Hausbesuche, hilft beim Streitschlichten, holt Lehrer und Eltern an einen Tisch, wenn die Kinder im Unterricht auffällig sind.

Nadine Schwuchow, eine der Grundschulmütter, beschreibt El Kaleb als unverzichtbar. „Für die Kinder ist es wichtig, jemanden zu haben, der nicht ihr Lehrer ist.“ Und Lukas, der nicht genau weiß, warum er manchmal in der Klasse stört, sagt: „Zu Frau El Kaleb gehe ich gerne. Sie hört mir gut zu.“

Amri-Ausschuss hinterfragt V-Mann

Mögliche Doppelrolle im Vorfeld des Weihnachtsmarkt-Attentats alarmiert Abgeordnete

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Der Untersuchungsausschuss des Landtag zum Terrorfall „Amri“ verlangt Aufklärung zur Rolle des V-Manns der NRW-Behörden beim Weihnachtsmarkt-Anschlag in Berlin. „Wir wollen vom Landeskriminalamt wissen: Hat die Vertrauensperson ein doppeltes Spiel betrieben?“, fragte Grünen-Obfrau Monika Düker am Freitag in Düsseldorf. Der Ausschussvorsitzende Jörg Gerlins (CDU) kündigte an, möglichst schnell Zeugen zu den neuesten Zweifeln an dem ehemaligen Informanten aus der Islamisten-Szene zu befragen.

Die Berliner Morgenpost und der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) hatten recherchiert, dass ausgerechnet die Vertrauensperson „VP01“, die im Auftrag des Düsseldorfer Landeskriminalamtes (LKA)

die radikal-islamistische Szene spähte, Amri zum Lkw-Attentat angestachelt haben könnte. Ein vom Land gestueter Spitzel als Impulsgeber für den Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016? „Bislang deuteten alle Unterlagen daraufhin, dass es vor allem der V-Mann war, der vor der Gefährlichkeit Amris warnte. War er ein Agent Provocateur? Diesen Widerspruch müssen wir aufklären“, sagte Düker. FDP-Obmann Moritz Körner sprach von einem ungeheuerlichen Verdacht: „Wir müssen herausfinden, wie nah der V-Mann an Amri dran war und welchen Einfluss er wirklich auf ihn hatte.“

Der Untersuchungsausschuss des Landtags hatte am Freitag seine Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die Aufklärungsarbeit des Gremiums war durch die Landtagswahl unterbrochen worden. Auf dem Zeugen-

stuhl nahm ein Experte des Bundesinnenministeriums für internationalen Terrorismus Platz, der nach dem



„Wir wollen wissen: Hat die Vertrauensperson ein doppeltes Spiel betrieben?“

Monika Düker (Grüne)

Weihnachtsmarkt-Anschlag eine Gesamtchronologie des Behördenhandelns im Fall Amri zusammengestellt hatte. Nach der Landtagswahl und dem Aus für den hochumstrittenen NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat das Interesse jedoch stark nachgelassen – erstmals blieben

zahlreiche Zuhörerplätze leer. Der Experte des Bundesinnenministeriums verteidigte die Zusammenarbeit der Bundes- und Landesbehörden im Fall Amri: „Der Kontakt war jederzeit eng und einwandfrei.“

Lehren ziehen aus dem Fall

Gleichwohl habe man Lehren aus dem Attentat ziehen müssen. So sei der Austausch der zuständigen Stellen über islamistische Gefährder deutlich verbessert worden. Der Abgleich von Daten zwischen Polizei und Ausländerbehörden sei inzwischen Standard. Habe man vor dem Weihnachtsmarkt-Attentat zwei bis drei Aufenthaltsbeendigungen pro Jahr hinkommen, seien es allein in 2017 schon 35 bis 40 gewesen. Allerdings seien bundesweit auch 900 islamistische Gefährder und 400 weitere Personen aus der zugehörigen Szene registriert.

Abschiebehaft: Noch keine Ausbau-Details

Kapazität in Büren reicht nicht aus

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Die Landesregierung kann immer noch kein festes Datum für die geplante deutliche Aufstockung der Haftplätze in der Abschiebe-Haftanstalt Büren im Kreis Paderborn nennen. Konkrete Aussagen zum Zeitplan seien zurzeit nicht möglich, hieß es am Freitag. „Eine Erhöhung von 140 auf 175 Plätze ist vorgesehen. Die konkrete Ausgestaltung wird derzeit noch geprüft“, sagte ein Sprecher des NRW-Integrationsministeriums dieser Zeitung. Der Vollzug der Aufstockung solle, soweit dies rechtlich möglich sei, „gestrafft“ werden.

Details zu den Erweiterungsplänen und zu den baulichen Maßnahmen nennt das Ministerium nicht. Im ostwestfälischen Büren steht die größte von bundesweit sechs Einrichtungen für Abschiebehaft.

Zuletzt mehrfach erweitert

Zuletzt hatte die Westfalenpost über massive Probleme bei der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern aus Nordrhein-Westfalen berichtet. Im Hochsauerlandkreis konnten einem Sprecher der Verwaltung zufolge in den letzten 14 Tagen acht ausreisepflichtige Menschen gar nicht erst festgenommen und nach Büren gebracht werden, weil keine Haftplätze zur Verfügung standen. Die Kapazität des Gefängnisses reicht offenbar bei weitem nicht aus, obwohl sie zuletzt mehrfach erweitert worden waren. Der frühere NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte die Zahl der Haftplätze bereits im Frühjahr von 100 auf 120 erhöhen lassen. Kurz darauf folgte unter der neuen Landesregierung ein Ausbau auf 140 Plätze.

Streit in der Linken-Führung geht weiter

Potsdam. Auch nach der angeblichen Beilegung des Machtkampfs fliegen beim Linken-Spitzenpersonal weiter die Fetzen. „Das Ende von Rücktrittsdrohungen und Erpressungen ist erreicht“, sagte der Parteivorsitzende Bernd Riexinger im SWR. Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linken, hatte Anfang der Woche in einem Brief an die Abgeordneten mit Rückzug gedroht für den Fall, dass sie auf Initiative der Parteichefs faktisch entmachtet werde. Daraufhin wurde der Streit offiziell beigelegt.

Rückhalt bekam Wagenknecht vom Parlamentarischen Geschäftsführer Jan Korte. Die Fraktion habe demokratische Entscheidungen getroffen. Partei-Pressesprecher Michael Schlick dementierte Teile der Darstellung von Riexinger. *dpa*

„Lebensmittel mehr wertschätzen“

Düsseldorf. NRW-Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Christina Schulze Föcking (CDU) hat dazu aufgerufen, Lebensmittel mehr wertzuschätzen. „Ich finde es paradox, wenn Menschen ihr Auto mit dem teuersten Öl befüllen und im Salat hingegen das billigste Öl verwenden“, sagte Schulze Föcking der „Glocke“. Verbraucher sollten sich vor Augen führen, wie wertvoll gute Lebensmittel seien. *dpa*